

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Marvin Hager

Stellv. Ausschussvorsitzende Christina Heide

Mitglied Gruppe "Gemeinsam BUNT"

Stellv. Ausschussmitglied Martin Burkhart

Ausschussmitglied Anja Sanchez Mengeler

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Heidi Bosse

Ausschussmitglied Thomas Suberg

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Ausschussmitglied Darwin Reinhard

Elternvertreterin

beratendes Mitglied Doris Voges

Jugendhilfe

Stimmberechtigter Sachverständiger Andreas Koût

Stimmberechtigte Sachverständige Ilona Margowski-Möhlmann

Stimmberechtigter Sachverständiger Klaus Puschmann

Stimmberechtigter Sachverständiger Rüdiger Schaarschmidt

Stimmberechtigter Sachverständiger Alexander Witton

beratendes Mitglied Janine Caspers

beratendes Mitglied Ulrike Luhmann

beratendes Mitglied Jasmin Meiners

beratendes Mitglied Gabriele Willich

Leiter des Jugendamtes

beratendes Mitglied (kraft Amtes) Jörg Ratzmann

Stadtjugendpfleger

beratendes Mitglied Jan Gerjets

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Manuel Baruschke

Ausschussmitglied Petra Stomberg

Ausschussmitglied Dr. Uwe Weithöner

Stimmberechtigter Sachverständiger Rainer Lauermann

Stimmberechtigte Sachverständige (Vertretung) Elke Meiners

beratendes Mitglied Nicole Biela

beratendes Mitglied Hildegard Biermann

beratendes Mitglied Andreas Bolten

beratendes Mitglied Claudia Lehnort
beratendes Mitglied Elisabeth Witt
beratendes Mitglied (Vertretung) Susann Oelrichs
beratendes Mitglied (Vertretung) Claas Ohnesorge
Grundmandat Thorsten Moriße

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 12.03.2025
- 4 Vorlagen an den Jugendhilfeausschuss
- 4.1 Berufung eines neuen stellvertretenden beratenden Mitglieds für den **111/2025**
Jugendhilfeausschuss
- 4.2 Staffelung der Kostenbeiträge für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten in **69/2025**
der Stadt Wilhelmshaven
- 4.3 Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Förderung von **147/2025**
Kindern in Kindertagespflege und über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die
Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Kindertagespflege
- 4.4 Jahresbericht der Familienzentren für das Berichtsjahr 2024 **149/2025**
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Sachstand zur Bedarfsplanung und jährliche Berichterstattung zum Konzept
Klassenassistenzen für das Jahr 2024
- 5.2 Auswirkungen durch den möglichen Wegfall von Fördermitteln aus dem
Integrationsfonds Niedersachsen

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der
Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Her Hager eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Hager schlägt vor, die TOP 4.1 und 4.2 zu tauschen und informiert darüber, dass die Beschlussvorlage 148/2025 vertagt werde. Daher erfolgt unter Mitteilungen und Anfragen eine Information über den Planungsstand Klassenassistenzen. Die Zustimmung zur Tagesordnung erfolgt einstimmig.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 12.03.2025

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 12.03.2025 wird genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Vorlagen

4.1 Berufung eines neuen stellvertretenden beratenden Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss **111/2025**

Herr Hager stellt die Beschlussvorlage 111/2025 vor.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Folgende Neubesetzung im Jugendhilfeausschuss wird beschlossen:
Herrn Stefan Stalling als Stellvertretung für das beratende Mitglied
Claudia Lehnort.

4.2 Staffelung der Kostenbeiträge für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten in der Stadt Wilhelmshaven **69/2025**

Herr Hager übergibt den Sitzungsvorsitz an Frau Heide.

Die Beschlussvorlage 69/2025 wird vorgestellt. Herr Hager bringt den angehängten Änderungsantrag ein. Hiermit werde eine Entlastung der mittleren Einkommen angestrebt.

Herr Reinhardt erkundigt sich nach den finanziellen Auswirkungen des Änderungsantrags. Herr Ratzmann und Frau Hacke beziffern den Minderertrag auf über 80.000 €, eher etwa 100.000 € jährlich. Unter Beteiligung von Herrn Suberg, Herrn Koût, Herrn Schaarschmidt, Herrn Ratzmann und Herrn Schönfelder wird der Änderungsantrag kritisch diskutiert.

Abstimmung über den Änderungsantrag:

- Mehrheitlich abgelehnt -
bei 4 Zustimmungen, 8 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen

Abstimmung über die Beschlussvorlage:

- Mehrheitlich zugestimmt –
bei 8 Zustimmungen, 0 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen

Die Kita-Betragsstaffelung aus dem Jahr 2024 wird ohne Änderungen für die kommenden zwei Jahre beschlossen. Anfang 2027 erfolgt eine erneute Überprüfung der Kita-Staffelung.

4.3 Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Kindertagespflege **147/2025**

Frau Heide gibt den Sitzungsvorsitz an Herrn Hager ab.
Herr Hager stellt die Beschlussvorlage 147/2025 vor.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Die Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Kindertagespflege wird in der anliegenden Fassung beschlossen.

4.4 Jahresbericht der Familienzentren für das Berichtsjahr 2024 **149/2025**

Frau Dr. Homma, Frau Diefenbach-Janßen und Frau Zimmermann stellen die Jahresbilanz der Familienzentren vor. Demnach seien die Familienzentren im Jahr 2024 von über 60.000 Menschen aufgesucht worden, die Angebotspalette sei breit gefächert und verfolge pädagogische Ziele.

Herr Suberg lobt die Arbeit der Familienzentren und sichert die Unterstützung der CDU zu. Auf Nachfrage von Herrn Schaarschmidt erläutert Frau Diefenbach-Janssen, dass die Drittmittelakquise viel Zeit in Anspruch nehme und große Unsicherheiten mit sich bringe. Die Öffnungszeiten der Familienzentren seien aufgrund dessen bereits eingeschränkt worden. Herr Ratzmann stellt klar, dass die Arbeit der Familienzentren sehr wertvoll für die Stadt sei und sozialraumorientiertes Arbeiten im KJSG als Pflichtaufgabe der Kommune definiert worden sei.

Herr Schönfelder sieht Potenziale für die Familienzentren, sich im schulischen Ganztag zu engagieren und somit über das Land weitere Finanzquellen zu erschließen. Diesen Vorschlag kritisiert Herr Puschmann und weist darauf hin, dass die finanzielle Ausstattung durch die Stadt bereits bei den aktuellen Tätigkeiten

unzureichend sei. Er führt weitere Beispiele heran und bemängelt Einsparungen der Stadt im sozialen Bereich. Herr Schönfelder widerspricht und erklärt, dass die Einsparungen alle Bereiche gleichermaßen getroffen hätten. Herr Schaarschmidt appelliert an die Parteien, sich dem Thema der Finanzierung der Familienzentren anzunehmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den anliegenden Jahresbericht der Familienzentren zur Kenntnis.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Sachstand zur Bedarfsplanung und jährliche Berichterstattung zum Konzept Klassenassistenzen für das Jahr 2024

Herr Leonhardt stellt den Sachstand zum Projekt „Klassenassistenzen“ vor. Die Evaluation habe ergeben, dass das Projekt sehr gut angenommen werde und die Eltern und Lehrer eine hohe Qualität in der Arbeit der Klassenassistenzen schätzen. Doch die Einzelfallhilfen seien nicht in geplantem Maße abgebaut worden. Gleichzeitig haben sich Änderungen ergeben, die Mehrstunden an einzelnen Schulen verlangen – beispielsweise seien mehr Klassen zustande gekommen, als in der Planung vorgesehen. Es könne heute noch kein Beschluss gefasst werden, da die Anpassungsbedarfe mit einem finanziellen Mehraufwand einhergehen, für den die Verwaltung aktuell einen Deckungsvorschlag erarbeite.

Auf Nachfrage von Herrn Burkhard erläutert Herr Kurbjeweit, dass die OBS Nord nicht in das Projekt einsteige, da sie die 50 % Ausstattung für nicht ausreichend erachten. Weiterhin erläutert er die schulischen Entwicklungen, die unwillkürlich zu Mehrbedarfen führen. Unter Beteiligung von Herrn Puschmann und Herrn Schönfelder wird die Umsetzung der Inklusion in Schulen diskutiert, die insbesondere bei emotional-sozialem Förderbedarf mit großen Herausforderungen verbunden sei. Herr Ratzmann pflichtet bei und betont die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Jugend- und Schulamt. Herr Puschmann konstatiert, dass die Diskussion über Exklusion im Rahmen der Inklusionsdebatte notwendig sei, das zeigten auch die Suspendierungen an Regelschulen.

Herr Dr. Engeler plädiert für das Konzept Klassenassistenzen und erklärt, dass Einzelfallhilfen immer teurer seien. Allerdings brauche es für die Schulen Verlässlichkeit und Planbarkeit, daher sei die Vertagung des Beschlusses bedauerlich. Die von der Stadtverwaltung angeregte Mitfinanzierung durch das RLSB sei unrealistisch.

Auf Nachfrage von Herrn Suberg erklärt Herr Kurbjeweit, dass die Stellen für Klassenassistenzen in der Regel schneller besetzt werden können als für Einzelfallhilfen, es jedoch auch hier zum ersten Mal dazu gekommen sei, dass zwei Stellen nicht besetzt werden konnten.

5.2 Auswirkungen durch den möglichen Wegfall von Fördermitteln aus dem Integrationsfonds Niedersachsen

Herr Hager verlässt die Sitzung und übergibt den Sitzungsvorsitz an Frau Heide.

Herr Schönfelder und Herr Leonhardt informieren den Jugendhilfeausschuss darüber, dass die Förderrichtlinie über den Integrationsfonds ausgelaufen sei. Es seien Kürzungen der vom Land zur Verfügung gestellten Mittel geplant, die genauen Auswirkungen lassen sich aufgrund der fehlenden Förderrichtlinie noch nicht beziffern. SOS Kinderdorf habe bereits angekündigt, Nachmittagsgruppen für Grundschulkinder zum Schuljahreswechsel einzustellen. Weiterhin seien zahlreiche in der Anlage aufgeführte Projekte voraussichtlich betroffen.

Herr Koût zeigt sich über die Information betroffen und betont die Notwendigkeit der Projekte für die Stadt. Herr Leonhardt und Herr Schönfelder bedauern, dass es landesweit wenig Proteste gegen die Kürzungen gibt. Herr Schaarschmidt regt an, dass die Parteien desbezüglich auf ihre Landtagsabgeordneten zugehen sollten, Frau Heide erklärt sich bereit.

Ende der Sitzung 17:55 Uhr

gez.

Schönfelder
Erster Stadtrat

gez.

Hager
Vorsitzender

gez.

Homma
Protokollführerin